

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 3. Quartal 2014

3 / 2014

Die Autoren:

Alois Glück,
Donate Kluxen-Pyta, Gerd Müller,
Rupert Neudeck, Thomas Schwarz

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktion:

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier, Gerald Hagemann, Klaus Mertes
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Gerd Müller, Unser tägliches Brot gib uns heute.....	Seite 04
Rupert Neudeck, Pazifist Ja -Opferlamm Nein.....	Seite 06
Donate Kluxen-Pyta, Standortfaktor Schule.....	Seite 08
Alois Glück, Sterbehilfe, Sterbebegleitung und Palliativversorgung.....	Seite 10
Thomas Schwarz, Öffnet die Gotteshäuser für Flüchtlinge.....	Seite 13

7. Juli 2014

Gerd Müller

„Unser tägliches Brot gib uns heute“

Eine Welt ohne Hunger Entwicklungspolitik in christlicher Verantwortung

Die vierte Bitte des Vater Unser: „Unser tägliches Brot gib uns heute“ ist eine Kernaussage über unser menschliches Sein. Der, der es betet, weiß um die Zerbrechlichkeit des Lebens. Wir wissen: Ohne Nahrung ist alles gefährdet, was wir sind und was wir haben. Die Bitte um das tägliche Brot geschieht bewusst nicht im Singular. So nach dem Motto: „Mein tägliches Brot gib mir heute!“ Nein, der Plural deutet darauf hin, dass ich nicht nur für mich das tägliche Brot erbete, sondern auch für die anderen.

Das Vater Unser als das Gebet der Christenheit schlechthin stellt den Einzelnen in die Gemeinschaft der Welt. Es verbindet einerseits diejenigen, die es beten, andererseits ruft es diejenigen, die es beherzigen in die Verantwortung für die gesamte Welt. Und diese Verantwortung für die Welt aus dem christlichen Glauben heraus kennt weder nationale, religiöse noch kulturelle Grenzen. Gleichwohl achtet sie die nationalen, religiösen und kulturellen Wurzeln. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass wir in der Entwicklungspolitik gerade die religiösen und kulturellen Dimensionen der Zusammenarbeit noch stärker berücksichtigen müssen. Wir werden dies tun! Ich habe gerade eine Task force zusammengestellt. Sie beschäftigt sich mit der Frage nach der Bedeutung von Werten und Religionen für die Entwicklungszusammenarbeit.

Unsere Entwicklungspolitik ist also durch eine starke Achtsamkeit gegenüber denen geprägt, mit denen wir kooperieren. Eine Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung muss daher als ein weltweit handelnder Prozess der Befreiung von Hunger, Armut und Krankheit verstanden werden, der sich auch gegen ungerechte Strukturen und Menschenrechtsverletzungen wendet. Es geht um einen ganzheitlichen entwicklungspolitischen Ansatz und nicht um einen partiellen. Der Mensch als Ganzer steht im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Nahezu eine Milliarde Menschen werden durch den Hunger unterdrückt und klein gehalten. Der Hunger kennt keine Perspektive zum Leben. Im Gegenteil: er zerstört sie. Mehr noch: Hunger ist vielfach der Grund für gewalttätige Auseinandersetzungen und gewalttätige Auseinandersetzungen sind oftmals der Grund für den Hunger. Frieden ist auf dieser Welt nur ohne hungernde Menschen, ohne eine unterernährte Bevölkerung möglich. Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung ist dezidierte Friedenspolitik. Aus diesem Grund habe ich dem Hunger den Kampf angesagt. Er ist das Hindernis für die Entwicklung der Menschen. Durch ihn kommen ganze Länder nicht aus dem Elend.

Eine Welt ohne Hunger ist das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik. Es ist mein Ziel! Gewiss, es ist nicht leicht zu erreichen. Das weiß ich. Allein schaffen wir das nicht. Hierzu brauchen wir alle Menschen, die guten Willens sind. Nicht zuletzt deshalb bündeln wir unsere Anstrengung. Wir führen mit vielen Institutionen und Organisationen unseres Landes intensive Gespräche und entwickeln Strategien, um dieses Ziel zu erreichen. Und wir haben starke Partner in der Zivilgesellschaft und bei den freien Trägern. Wir tauschen uns mit den Kirchen aus, die beim Thema der Armutsbekämpfung auf jahrzehntelange Expertise zurückgreifen können. Und wir nutzen die Kraft und die Entschlossenheit der Wirtschaft sich weltweit zu engagieren.

Gemeinsam können wir es schaffen! Eine Entwicklungspolitik, die dem täglichen Sterben von 20.000 – 30.000 Kindern nicht den Kampf ansagt, beraubt sich ihrer Glaubwürdigkeit. Es war für mich deshalb selbstverständlich, zu Beginn der Legislatur eine Sonderinitiative aufzulegen, die die Ernährungssicherung zum Zentrum hat. Für Ernährung und ländliche Entwicklung stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) künftig jährlich mindestens eine Milliarde Euro bereit. Die dadurch angeregten Aktivitäten bündeln sich in der Sonderinitiative mit dem Namen: „Eine Welt ohne Hunger.“ Hierzu ist es unter anderem nötig, den Anstoß zu einem sozial und ökologisch verträglichen Strukturwandel in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum zu geben.

Die Hungerbekämpfung muss vor allem im ländlichen Raum stattfinden. Es ist immer wieder erschütternd und im höchsten Maß unbefriedigend zu sehen, dass dort, wo die Lebensmittel wachsen und produziert werden, die überwiegende Zahl der Menschen lebt, die hungern. Mir geht es deshalb vor allem um die Entwicklung leistungsfähiger bäuerlicher Familienbetriebe. Kleinere Betriebe erlangen ihre Kraft durch den regionalen Handel. Hierzu bedarf es der nötigen Infrastruktur und des technologischen Fortschritts in der Landwirtschaft. Ich werde deshalb die Förderung der internationalen Agrarforschung substanziell ausweiten. Bei all unseren globalen Bemühungen legen wir hierbei unseren Schwerpunkt bewusst auf Afrika. Afrika ist kein verlorener Kontinent! Er ist ein Kontinent der Zukunft. In diesem Zusammenhang werde ich in Afrika zehn Innovations- und Ausbildungszentren aufbauen, in denen vom Acker bis zum Teller Wissen transferiert wird. Das Land und der Boden sind die Grundlage für Wachstum im ländlichen Bereich. Bodenschutz und die Rehabilitierung degradierter Böden sind deshalb eine wesentliche Aufgabe bei der Bekämpfung des Hungers.

Der Impuls aus der christlichen Verantwortung, Entwicklungspolitik zu gestalten, drückt sehr gut der französische Lyriker Paul Éluard (1895-1952) aus: „Eine andere Welt ist möglich und sie steckt schon in dieser.“ Auf diese Möglichkeit weist uns die vierte Bitte des Vater Unser hin. Jeden Sonntag wird sich weltweit in diesem Gebet der Verantwortung für das tägliche Brot für alle Menschen auf der Welt erinnert. Es ist auch für mich täglicher Ansporn mit Dynamik und Achtsamkeit an dem Ziel zu arbeiten, an dem es sich zu arbeiten lohnt. An einer Welt ohne Hunger!

Gerd Müller (1955) ist seit 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und gehört seit dem Deutschen Bundestag an. Zuvor war er von 1989 – 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. 2005 – 2013 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Er ist Mitglied der CSU.

28. August 2014

Rupert Neudeck

Pazifist: JA, Opferlamm: Nein!

Zu der Frage der Waffen für die Kurden im Nord-Irak

Man kann Menschen, die einem Massenmord, einer Vertreibung oder einem Völkermord ausgesetzt sind, nur vor Ort schützen oder denen, die schützen, Waffen geben, gezielt, schnell und auf Zeit.

Man kann sich auch eine andere Alternative vorstellen, wie sie in Bosnien war: Entweder man schützt die Bosnier am Ort oder man nimmt sie alle oder einen großen Teil bei uns auf.

Unsere deutsche Debatte ist so wahnsinnig grundsätzlich. Mancher sieht eine historische Entscheidung, dabei agierten unsere Regierungsagenturen auf eine bürokratische Art, dass einem der Hut hochgeht. Da ist eine der bisher mächtigsten Verbrecherbanden der Welt, die schon zwei Staaten angeknabbert hat und jetzt auch noch Massenvertreibung, Massenkonversion und Massenmord organisiert; und wir betreiben immer noch Faktenanalyse.

Das ist kein Moment für Ideologen. Auch ein Pazifist kann ein Ideologe sein, wenn er für die Reinheit seiner Überzeugung und dafür, dass sein Hemd hell und weiß bleibt, zehntausende Menschen in den Mord gehen läßt. Right or wrong, my philosophy. Ganz egal. Den Pazifismus mit einer Weltpolizei und einer unter dem Kommando des UN-Generalsekretärs der UN stehenden Weltpolizei haben wir ja noch nicht. Und wir können die Pazifistische Weltära nicht damit einläuten, dass wir den Kurden in dieser unüberbietbar klaren Lage keine Waffen geben.

Risiko? Ja, natürlich ist das mit Risiken verbunden, wo leben denn die Frager oder MdBs, die Entscheidungen ohne Risiken haben wollen. Es gibt keine Welt ohne Risiken. Natürlich gibt es das Risiko, dass die Kurdische Selbstverwaltung in Erbil sich daran macht und nach Ende dieses Kapitels ISIS mit denselben Waffen die eigene Souveränität erkämpft. Es gibt doch keine Entscheidung ohne das. Und in der Abwägung der Werte müssen uns die armen Habenichtse in der nordirakischen Wüste, ganz gleich ob es verfolgte Muslime, Christen, Druisen, Jeziden sind, wert sein, dass wir für sie, die nur auf Risiko überleben, ein Risiko eingehen.

Es geht nicht um deutsche, sondern um europäische Waffen für die tatkräftigen Peschmerga, denen ich das vor über zwanzig Jahren noch nicht zugetraut hätte, dass sie unter einem Kommando so verantwortlich sich schlagen für die Gruppen, die in Not sind. Aber andere Länder in Europa brauchen nicht so lange für die Faktenanalyse.

Ich bin in Sarajevo dafür gewesen, den Bewohnern der europäischen Stadt nicht meine Pazifismus-Reinheit aufzubürden, sondern sie von den militärischen Mördern auf den Igman und anderen Bergen um Sarajevo herum zu befreien. Das ging in der Welt der Jahre 1993-1995 nur mit Waffen. Jetzt brauchen wir nicht einmal mehr Soldaten, sondern nur noch Waffen.

Wir haben übrigens in den Medien die Serbische Soldateska nicht jeden Abend in den TV-Nachrichten vorgestellt bekommen als die „radikal christlichen“ Serben von Milosevic und des Patriarchen Gnaden. Wir nennen aber die ISIS-Kämpfer wie die Hamas wie die Hizbollah „radikal islamisch“. Das ist total verkehrt. Das ist eine Verbrecherbande, die keinen Anspruch hat auf diesen großen schönen Titel „radikal islamisch“. Der Bischof von Mauretanien, der Deutsche Martin Happe, schrieb mir, dass der höchste Rat der Ulema in Mauretanien nach der Entscheidung der Verbrecher von ISIS, die Christen und Jeziden zur kollektiven Konversion zu zwingen, eine Sondersitzung einberufen habe und diese Gewalttat auf das schärfste mißbilligt hat.

Pazifist: JA, Opferlamm: NEIN - das sollte die Devise für viele von uns sein bei der Frage, ob man den Kurden jetzt Waffen geben sollte. Nur: Wenn man es tun will, muss man es bald tun. Das Mantra der Aussage, dass es da genug Waffen gebe, ist falsch. Sowohl in Syrien wie im Nordirak haben die, die gegen die Verbrecher kämpfen, manchmal nicht mal die nötige Munition. Ich habe vor vier Wochen in Reyhanli einen Kommandeur der FSA gesprochen, der gegen die ISIS im syrischen Rakka gekämpft hat, bis ihnen die Munition ausging. Dann ist er schnell nach Reyhanli/Türkei gekommen, in dem Glauben, die „Freunde Syriens“ würden ihn von den gemäßigten Rebellen in Syrien mit Munition unterstützen, aber er bekam sie nicht.

Diese Entscheidung für Waffen ist keine, die uns glücklich oder zufrieden macht. Eigentlich sollten wir eine UNO haben, die so stark und von uns gestärkt ist, dass der Weltsicherheitsrat sofort eine Resolution macht und diese Menschen mit den Mitteln der Völkergemeinschaft schützt. Da es diese UNO als Fundament für meinen Pazifismus noch nicht gibt, müssen wir auf Risiko entscheiden. Und wenn wir schon nicht das Evangelium für uns verpflichtend sehen, dann vielleicht Immanuel Kant: Wir Menschen sind aus krummem Holze geschnitzt. Menschen, die zwischen Jerusalem und Jericho, zwischen Mossul und Dohuk, zwischen Zacho und Kirkuk auf der Flucht sind, müssen unterstützt und sie müssen geschützt werden.

Mir fällt der Papst Franziskus zu dem Risiko ein: Papst Franziskus hat bei den Weltjugendtagen in Brasilien gesagt, in Aufforderung an die Christen, auf die Straße zu gehen: Es könne sein, dass dann einem auf der Straße ein Unfall passiert. „Aber ich ziehe eine Kirche mit Unfallrisiko tausendmal einer kranken Kirche vor“. Und wir müssen uns auch schämen, denen jetzt nicht mit dem, was wir können, zu Hilfe zu kommen, die in extremer Existenznot sind.

Rupert Neudeck (1939) ist Journalist, Gründer des Cap Anamur / Deutsche Not-Ärzte e.V. und des Friedenskorps Grünhelme e.V.

8. September 2014

Donate Kluxen-Pyta

Standortfaktor Schule

Kritisch ist oft von einer Ökonomisierung des Bildungssystems die Rede. Es werde nur noch nach Funktionalität und messbarem Outcome von Bildung gefragt, nicht nach humanistischer Bildung der Persönlichkeit. Das Bedienen eines Fahrkartensystems gelte als Bildung, statt des klassischen Kanons gehe es um inhaltsleere „Kompetenzen“. Mit Ganztagschulen sollten die Mütter als Arbeitskräfte den Betrieben zur Verfügung stehen; mit einem Fach „Wirtschaft“ wollten Unternehmen in die Schule eindringen und die reibungslose Anpassung junger Menschen in den Betrieb vorbereiten. Die Nutzbarmachung des Schulwesens für die Wirtschaft kritisieren dabei politisch Konservative wie Linke: Konservative wenden sich gegen die Orientierung an Kompetenzen und gegen Ganztagschulen, Linke befürworten Kompetenzen, lehnen aber die Orientierung an überprüfbaren Leistungen ab. PISA ist beiden Richtungen ein Dorn im Auge. Konservative wollen zudem mehr Persönlichkeitsbildung, Linke die Vermittlung von Einstellungen und Haltungen.

Was erwartet die Wirtschaft vom Bildungssystem? Gibt es eine Nutzbarmachung der Schulen im Dienste der Unternehmen? Wie steht es mit Kompetenzen versus Kanon, Persönlichkeitsbildung, Leistung und Lernen, Wirtschaft in der Schule?

Die Wirtschaft stellt keine exklusiven Forderungen an die Schule, die von außen – und damit wesensfremd - an sie herangetragen würden, sondern sie fordert ein, dass Schulabgänger über eine anschlussfähige Grundbildung auf einem bestimmten Niveau verfügen. Die Kompetenzen, die in der Wirtschaft benötigt werden, sind keine Spezialitäten oder Sonderanforderungen, sondern braucht jeder und jede für die Bewältigung des eigenen Lebens – im Arbeitsleben wie im gesellschaftlichen, privaten und familiären Leben. Die Wirtschaft erwartet vom Bildungssystem vor allem und zuerst, dass es seinen Auftrag erfüllt. „Besonders“ ist nur die Vehemenz, mit der Wirtschaft dies anmahnt – weil sie es ist, die das Gros der jungen Menschen nach der Schule aufnimmt und auf dem aufbauen muss, was dort grundgelegt wird. So sollten Jugendliche am Ende der Pflichtschulzeit ausbildungsreif sein. Dies ist aber nicht der Fall, wenn 20 % nach immerhin 9 Jahren Schulzeit nur auf dem Niveau der dritten Klasse lesen, schreiben und rechnen können.

Studien wie PISA müssen sein, um deutlich zu machen, wie der Leistungsstand unserer 15-Jährigen tatsächlich aussieht, gerade auch im Vergleich mit anderen Industrienationen. Zu lange hat sich das deutsche Bildungswesen für besser gehalten, als es war. Ohne Untersuchungen durch Dritte kommt die Wahrheit nicht ans Licht. Leider fehlt in unseren Schulen zu oft ein Verständnis von Professionalität, zu dem auch die Rechenschaftslegung und der Umgang mit Kritik gehören – nicht mit billiger Lehrerschelte und Schul-Bashing natürlich, sondern mit konstruktiver Kritik aus der empirischen Bildungsforschung und damit dem Schritt zur Qualitätsverbesserung. So untersuchen die Tests VERA 3 und 8 das Wissen und Können in Klasse 3 und 8, damit vor dem Ende der Grundschule bzw. der Pflichtschulzeit noch ausreichend Zeit für die Lehrkräfte besteht, bei den Kindern bzw. Jugendlichen gezielt nachzubessern und sie auf den erforderlichen Stand zu bringen. Dies ist eine Chance für die Kinder und Jugendlichen und eine Hilfestellung für die pädagogische Arbeit mit ihnen – und wird trotzdem nicht so gesehen und wahrgenommen... Auf die Orientierung an einem messbaren Outcome kann nicht verzichtet werden, wenn Verbesserungen erreicht werden

sollen. Kompetenz steht dabei für Anwendbarkeit des Gelernten statt „totem“ Wissen, das schnell zu Nicht-Wissen wird.

Wie sieht es mit der Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung aus? Selbstverständlich sind dies Bildungsziele, die auch die Wirtschaft als Auftrag der Schule bejaht und sogar verlangt. Modernes Wirtschaften braucht doch gerade Persönlichkeiten mit Ideen, gerade auch jenseits des Üblichen. Bei Einstellungsentscheidungen in den Betrieben ist die Persönlichkeit des Bewerbers oft ausschlaggebender als die Zeugnisnote. Der Wirtschaftsstandort Deutschland lebt von seiner Innovationsfähigkeit – Kreativität, Offenheit, Alternativen sind gefragt. Nur ein eigenständiges kritisches Urteil bringt die Entwicklung voran. Bei einfachen Tätigkeiten und Dienstleistungen sind personale und soziale Kompetenzen gefragt: Tugenden wie Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit, Höflichkeit, aber auch Empathie, Kommunikations- und Kritikfähigkeit werden so gut wie überall gebraucht. Auch dies sind wiederum Verhaltensweisen, die nicht exklusiv für die Wirtschaft, sondern für ein gelingendes Leben insgesamt benötigt werden.

Der Ausbau der Ganztagschulen dient der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hilft, das Arbeitspotenzial der Frauen besser auszuschöpfen - sicherlich. Dass Frauen ebenso selbstverständlich arbeiten wollen wie Männer, ist in konservativen Kreisen noch nicht ganz angekommen. Ganztagschulen haben aber auch bildungspolitische Bedeutung: Die Begleitforschung zeigt, dass Kinder aus einfachen Elternhäusern in Ganztagschulen in der Tat besser abschneiden, wenn die Angebote qualitativ gut sind und die Kinder sie regelmäßig wahrnehmen.

Ein Fach Wirtschaft? Zu einem modernen Verständnis von Allgemeinbildung muss heute auch eine ökonomische Grundbildung gehören. Jeder junge Mensch hat mit Wirtschaft zu tun – als zukünftiger Erwerbstätiger, als Kunde und Verbraucher und als Staats- und Wirtschaftsbürger. Urteilsvermögen und Orientierungswissen über die Wirtschaft und ihre Funktionsweisen und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sind ebenso gefragt wie über globale Zusammenhänge und die neue digitale Welt. Nur mit einem eigenen Fach gibt es aber ein systematisches Curriculum anstelle des bisherigen Häppchenwissens am Rande anderer Fächer. Das Ziel ist nicht „Anpassung“, sondern Verstehen und eigenständiges Handeln in einem Bereich, der für unsere Gesellschaft wie für uns alle selbst zentral und prägend ist.

Dr. Donata Kluxen-Pyta (1961) ist stellvertretende Leiterin der Bildungsabteilung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Mit Schule und Schulpolitik hat sie auch privat zu tun als Mutter von sechs Kindern sowie ehrenamtlich als Vorsitzende des Landesfachausschusses Kultus, Jugend und Sport der CDU Baden-Württemberg.

21. September 2014

Alois Glück

Sterbehilfe, Sterbebegleitung und Palliativversorgung

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe hat bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigt, sich für ein gesetzliches Verbot der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung einzusetzen. Damit hat er dankenswerterweise eine Debatte eröffnet, die inzwischen weit über das Verbot sogenannter Sterbehilfevereine hinausgeht. Die Debatte umfasst inzwischen auch, häufig ohne das eine vom anderen zu unterscheiden, die Legalisierung aktiver Sterbehilfe und des ärztlich assistierten Suizids. Im Deutschen Bundestag gibt es ein Einvernehmen, dass die schwierige Frage der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung im Laufe der Wahlperiode aus der Mitte des Parlaments mit fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen geklärt werden soll.

In der notwendigen Auseinandersetzung um eine gesetzliche Regelung geht es um mehr als um das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen. Gesetzliche Regelungen prägen die gesellschaftlichen Maßstäbe, das gesellschaftliche Klima für und die Erwartungen an den Einzelnen. Wenn die Freiheit zur Selbsttötung zum höchsten Ausdruck der Selbstbestimmung hochstilisiert wird, die Hilfe dazu gesellschaftlich so selbstverständlich ist wie die Pflege, verändert dies unaufhaltsam die Situation schwerstkranker Menschen, aber auch die Situation vieler pflege- und hilfsbedürftiger Menschen, zumal, wenn die Krankheit und Pflegebedürftigkeit ein langer und oft auch aufwändiger Prozess ist.

Ich will diese Wirkung gesetzlicher Regelungen auf die Situation der Betroffenen mit Erfahrungen zu Beginn des Lebens verdeutlichen. In vielen Fällen haben sich die umfassenden Vorsorgeuntersuchungen während der Schwangerschaft als sehr sinnvoll und mitunter lebensrettend erwiesen. Doch es ist auch eine Folge der immer weiter entwickelten Pränataldiagnostik, dass Eltern, die sich trotz einer entsprechenden Diagnose für die Geburt eines Kindes mit Behinderung entscheiden, regelmäßig mit der vorwurfsvollen Frage konfrontiert werden, ob dies denn hätte sein müssen. Das hätte man doch verhindern können und damit der Gesellschaft, den Eltern und dem Kind vieles ersparen können. Wer nicht nach diesen Maßstäben handeln will, wird in eine Rechtfertigungsposition gedrängt. Hier sind gesellschaftliche Folgen eingetreten, vor denen man nur warnen kann!

Und warum sollte dies bei den Pflegebedürftigen, bei den Schwerstkranken und bei chronisch kranken Menschen anders sein, zumal in einer alternden Gesellschaft, in der die Verteilungskämpfe im Gesundheitswesen zunehmen? Wenn in einem Beitrag in der FAZ ("Mein Ende gehört mir", von Ingrid Matthäus-Maier) in Verbindung mit der Palliativmedizin zu lesen ist: "Angesichts der demographischen Entwicklung wird es auch bei allen zu unterstützenden Anstrengungen keine ausreichenden flächendeckenden Angebote geben können" – bedeutet dies dann etwa, die Unterstützung bei der Selbsttötung sei als Alternative zur notwendigen Kraftanstrengung beim flächendeckenden Ausbau der Hospizbegleitung und Palliativversorgung zu verstehen? Ist das nicht das Ende einer humanen Gesellschaft? Wenn an einer Stelle als gesellschaftlich akzeptierte Norm das Leben in "lebenswert" und "nicht lebenswert", in zumutbar oder nicht zumutbar für den Einzelnen oder für die Gesellschaft eingeteilt wird, gibt es auf dieser Rutschbahn keinen Halt. Deshalb geht die Frage nach einer gesetzlichen Regelung der Suizidbeihilfe und der Sterbehilfe weit über die Selbstbestimmung des Einzelnen hinaus. Jenseits aller Bevormundung von Menschen geht es um zentrale gesellschaftliche Werte, um das gesellschaftliche Klima, um das Bild vom Menschen und die Einstellung zu Leid und Krankheit in einer Konsum- und Leistungsgesellschaft. Wir dürfen nicht nachlassen, mit Artikel 1 des Grundgesetzes zu betonen: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Nach Umfrageergebnissen befürworten ca. 70 Prozent der Deutschen gesetzliche Regelungen zur aktiven Sterbehilfe wie in den Niederlanden und Belgien, also Regelungen, die weit über das hinausgehen, worum derzeit bei uns politisch gerungen wird. Diese Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger man ernst nehmen und verstehen, warum sie sich so äußern. Es geht dabei um Ängste, nicht so sehr vor dem Tod, der für uns alle

unausweichlich ist, sondern um Angst vor großen Schmerzen, vor Einsamkeit, Hilflosigkeit, vor den automatisierten Abläufen der Hochleistungsmedizin. Es geht um die Angst, dass der Patientenwille nicht ernst genommen wird, die Angst anderen zur Last zu fallen.

Aus dem christlichen Glauben heraus argumentieren wir zwar anders und benennen die Unverfügbarkeit des von Gott geschenkten Lebens als Maßstab. Aber welche Überzeugungskraft hat das in einer Gesellschaft, in der eine Mehrheit der Menschen keine ernsthafte persönliche Beziehung mehr zum christlichen Glauben oder jedenfalls nicht eine enge Bindung an die christlichen Kirchen hat? Ich schließe daraus, dass wir unsere Überzeugung so vermitteln müssen, dass deutlich wird: Es geht hier nicht um eine christliche Sondermoral. Diese Werthaltung ist generell für den Menschen, für seine Würde und seine Zukunft wichtig, unabhängig davon, ob der Einzelne eine entsprechende Bindung an Glauben oder Kirchen hat. Der Hinweis, es sei Tradition, es sei christlich, ist in der heutigen Zeit für die Mehrheitsbildung nicht mehr ausreichend.

Zugleich dürfen wir uns auch nicht von anderen in eine solche Minderheitenposition drängen lassen. Die Argumentation aus den Reihen der Sterbehilfebefürworter, zum Beispiel von den sich humanistisch nennenden Organisationen, zielt ja genau darauf. Uns wird als Christen abgesprochen und bestritten, dass wir Argumente vorbringen könnten, die auch für Nicht-Christen einsichtig sind. Das ist eine unredliche Verkürzung, denn es geht uns nicht um eine christliche Deutungshoheit, sondern um die umfassende Wahrung der Menschenwürde und das Wohl der Menschen während der ganzen Lebensspanne. Dafür einzutreten ist unser christlicher Auftrag.

Wir müssen eine überzeugende Antwort auf das Hauptmotiv der ca. 70 Prozent Befürworter einer Regelung wie in den Niederlanden geben. Das heißt eine überzeugende Antwort auf ihre Ängste! Die Angst kann man nicht einfach wegargumentieren. Die notwendige Antwort, die notwendige Hilfe ist der Weg der Hospizbewegung, ist die Begleitung des Kranken und seiner Angehörigen mit menschlicher Zuwendung und den heutigen Möglichkeiten der Palliativmedizin. Mit ihnen kann in vielen Fällen der Angst und der Situation, dass medizinische Heilung nicht mehr möglich ist, begegnet werden. Die bestmögliche Lebensqualität in dieser Situation und auf dieser Wegstrecke – das ist Aufgabe und Ziel von "Palliative Care". Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat mit der Erklärung "Leben bis zuletzt. Sterben in Würde" die Aufgabe in der Kirche und in Gesellschaft und Politik beschrieben. Natürlich ist dies in besonderer Weise auch eine Selbstverpflichtung im Hinblick auf die internen Handlungsmöglichkeiten unserer Kirche.

Es wird für unsere Glaubwürdigkeit in der auf uns zukommenden Debatte über die organisierte Suizidbeihilfe, dem ärztlich assistierten Suizid bis hin zur Frage der Legalisierung von Sterbehilfe entscheidend sein, dass wir konstruktive Vorschläge einbringen, dass wir aus der Ecke einer reinen Verbotsdebatte herauskommen, und damit zugleich auch aus der Defensive herauskommen. Das gilt nicht nur für uns als ZdK, das gilt für die ganze Kirche und für alle politischen Kräfte, die diese Position teilen.

Alois Glück (1940) ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Von 1970 – 2008 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und dort 1988-2003 Vorsitzender der CSU-Fraktion und 2003 – 2008 Präsident des Landtages. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

28. September 2014

Thomas Schwarz

Konkrete Ökumene und Verantwortung: **Öffnet die Gotteshäuser für Flüchtlinge**

Ganz Spanien ist auf der Flucht, und noch mehr als ganz Spanien. Oder die Ukraine, und noch mehr als die ganze Ukraine – mit oder ohne Krim. Beide Länder haben mehr als 45 Millionen Einwohner. Noch größer als diese Zahlen sind die derjenigen, die entweder im eigenen Land oder außerhalb in die Flucht getrieben sind. Ihre Summe: fünfzig Millionen. So viele Menschen waren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr auf der Flucht. Jetzt wieder.

Solche Informationen sind kaum greifbar. Sie sind zu groß. Das menschliche Vorstellungsvermögen kann sie vermutlich nicht erfassen. Deshalb sollen die Vergleiche mit Spanien oder der Ukraine helfen. Man stelle sich zudem schwere Zerstörungen vor. Die Häuser von Gaudí und die Ramblas in Barcelona, der Königspalast und der Prado in Madrid, riesige Hotelanlagen an den Küsten Spaniens oder auf Mallorca: alles wäre zerstört. Klaffende Löcher, durch die man durch mehrere Häuser gleichzeitig hindurchschauen könnte, täten sich auf. Die Straßen wären nahezu unpassierbar. Die Elektrizitätsversorgung und die mit Wasser wären unterbrochen. Lebensmittel gäbe es kaum noch.

Endlose Traumata

Man sähe in Gesichtern von Kindern, deren Augen kaum noch einen festen Blick schafften, weil die Leere ihr Ziel geworden wäre. Sie würden Tote beklagen und Verwundete, Verschwundene. Sie hätten erlebt, wie vor ihren Augen Exekutionskommandos ihren Nachbarn ermordet hätten und wie die freundliche Frau vom Markt im Beisein der Kinder vergewaltigt worden wäre. Ihr bester Spielkamerad wäre ihnen abhanden gekommen, weil er mit den Eltern die Stadt verlassen hätte. Und die Puppe, die das Mädchen seit ihrem zweiten Lebensjahr als Gefährtin hatte, liegt zerfetzt irgendwo unter Trümmern.

All das mag pathetisch klingen, etwas weit hergeholt. Womöglich will der Autor durch Überzeichnung ein Drama schärfer zeichnen, um sicher zu gehen, dass verstanden wird, was er schreibt. Nichts davon ist übertrieben. Es entspricht der Erfahrung von Millionen Kindern und der Wirklichkeit von zig Millionen Menschen. Ich habe mit vielen von ihnen gesprochen und mir ihre Geschichten angehört. Sie klingen alle ähnlich: ob im Tschad, in Jordanien oder dem Libanon, in Darfur oder in einem der größten Flüchtlingslager der Welt in Dadaab in Kenia.

Vorauselnde Einwands widerlegung

Es ist sicher wohlfeil, wenn die üblichen Kirchenkritiker Katholiken, Protestanten und anderen Christen vorwerfen, dass sie einfach nichts gegen die Armut in der Welt unternähmen. Viel wird getan, nicht nur in Deutschland. Auch international sind die Hilfswerke vor Ort aktiv, leisten Hilfe zur Selbsthilfe. Das steht außer Frage. Gleichwohl sollte das Ende des Möglichen bei weitem noch nicht erreicht sein. Im Vergleich mit den meisten Ländern Asiens und Afrikas geht es den meisten mit Unterstützung der Kirchensteuer üppig ausgestatteten Bistümern und Pfarreien gut. Die unlängst veröffentlichten Zahlen des Erzbistums Köln beispielsweise sind ein Beleg dafür. So zeigt die Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen von 2000 bis 2013 eine recht stabile Entwicklung.

Gewiss, gegen viele der oben angeführten Zahlen, Argumente, Beispiele ließen sich Gegenpositionen finden. Zweifelsohne gäbe es Einwände, die nur schwer zu widerlegen wären. Aber es geht nicht um Rhetorik, sondern um Taten.

Es kann sicherlich nicht darum gehen, alles Vermögen mit einer großen Schaufel wahllos in der Welt zu verstreuen, ohne darauf zu achten, wo es am Nötigsten gebraucht wird. Es geht auch nicht darum, von heute auf morgen sämtliche kirchlichen Immobilien – wozu auch Mietwohnungen und Hotels gehören – ab sofort

Bedürftigen aus aller Welt zu öffnen. Das wäre auch gar nicht nötig. Schließlich lebt das Prinzip der Subsidiarität unter zahlreichen Flüchtlingen, oft genug im Familienkreis, ausgeprägter als mancherorts hierzulande.

Das St.-Martins-Prinzip

Worum es aber geht ist eine dem Geist der Bibel folgenden Gerechtigkeit. Der Heilige Martin hat sich nicht seines kompletten Umhangs entledigt, als er ihn mit einem Armen teilte. Nachdem er es durchschnitten hatte, blieb ihm selbst genug Stoff übrig, um sich auch weiterhin damit wärmen zu können. Er hat die Hälfte seines „Schutzes“ abgegeben. Er hat christlich geteilt: „...nahm er das Brot und teilte es mit seinen Jüngern“. Daum geht es.

Was die Kirchen in Deutschland tun, ist nicht genug. Damit sind sie indes nicht allein. (Fast) alle hierzulande tun zu wenig. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit 200.000 Asylanträgen. Das sind die offiziellen Erwartungen, inoffiziell sind längst andere Größenordnungen im Raum. Die europäischen Zäune gegen Flüchtlinge aus Afrika halten dem längst nicht mehr stand, wofür sie einst angelegt wurden.

Konkrete Ökumene nur glaubhaft durch Taten

Die Europäische Grenzagentur Frontex ist keine Antwort im Geiste der Gerechtigkeit. Sie ist ein Abwehrreflex gegen zu viele Flüchtlinge. Kirche muss die exakte Gegenposition beziehen, will sie glaubwürdig bleiben. Sie muss ihre Gotteshäuser öffnen, ihre Pfarrhäuser, ihre Jugendheime. Die Zeit der Flüchtlingsströme wird nicht mehr aufhören, allenfalls abebben. Was fehlt ist eine kongruente Antwort auf diese humanitäre Herausforderung seitens der Kirchen.

Welch eine Chance zur Ökumene! So, wie Papst Franziskus gemeinsam mit Juden und Muslimen in den Vatikanischen Gärten für den Frieden im Nahen Osten gebetet hat, so sollten sich die deutschen Christen, Juden und Muslime zusammentun, um für die hier ankommenden Flüchtlinge mehr als bisher zu tun. Sonst bleibt das, was wir tun, im Angesicht dieser Realität Makulatur. Nicht einmal ein einziger Tropfen auf einem heißen Stein.

Und sonst verhalten die Worte Franziskus' bei dessen Besuch im Sommer vergangenen Jahres auf Lampedusa ungehört. Er hatte eine "Globalisierung der Gleichgültigkeit" beklagt und hinzugefügt, diese mache alle zu „anonymen Verantwortlichen ohne Namen und ohne Gesicht“. Unter dem Deckmantel der Anonymität versuche jeder, die Verantwortung von sich zu weisen. Ein Christ dürfe sich aber nicht aus der Verantwortung stellen.

Thomas Schwarz (1957) arbeitete über acht Jahren für die internationale Hilfsorganisation CARE in Bonn für den Kommunikations- und CSR-Bereich. Vorher war er über zwanzig Jahre als Journalist, u.a. für RTL und die Deutsche Welle als Parlamentskorrespondent sowie als Chefredakteur zweier Radiosender. Zwischenzeitlich verantwortet er zwei Jahre lang die Bereiche Marketing/Kommunikation und Business Development für eine an der Wallstreet notierte Softwarefirma in Deutschland. Schwarz gründete einen eigenen Verein, um weiterführende Bildung in Asien und Afrika zu unterstützen.